

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 546 ppbn d



Inhalt

Joachim Poß MdB, Mitglied im Flick-Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages, sieht ein Zusammenspiel von BND, Wirtschaft und rechter Politik. Seite 1

Wolff-Michael Gatenhusen MdB unterstreicht, daß die Raumfahrt kein Selbstzweck ist. Seite 2

Karl Haehser MdB schlägt vor, daß Einschränkungen im Reiseverkehr mit dem Osten überdacht werden. Seite 3

Dokumentation
Willy Brandts Tischrede am vergangenen Freitag in Prag. Seite 5

40. Jahrgang / 215

11. November 1985

Keine Tabuzone!

von Brauchitschs Enthüllungen müssen aufgegriffen werden

Von Joachim Poß MdB
Mitglied im Flick-Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Enthüllungen des ehemaligen Flick Generalbevollmächtigten Eberhard von Brauchitsch über die Finanzierung eines sogenannten „Terrorismus-Sonderfonds“ durch Gelder aus der deutschen Wirtschaft müssen ausgeleuchtet werden. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, daß staatliche Institutionen nach Recht und Gesetz handeln, sie müssen darauf vertrauen können, daß die Demokratie funktioniert, die demokratischen Strukturen respektiert werden.

Was von Brauchitsch preisgegeben hat, das ist im Grunde eine Horrorgeschichte. Er hat der Öffentlichkeit preisgegeben, daß ein funktionierendes Zusammenspiel zwischen Wirtschaft, Geheimdienst und rechter Politik in die Wege geleitet wurde. Hätte eine kommunistische Splittergruppe ein Comic-Heft über ein derartiges Zusammenspiel verfaßt, wäre dies als abstruse Erfindung abgetan worden. Die Wirklichkeit, so scheint mir, kann mitunter die Fiktion noch überholen.

Im übrigen: Es ist offenbar nicht möglich, die Wirtschaft dazu zu bewegen, einen Fonds zur Sanierung der Altlasten zu veranlassen; aber einen Sonderfonds gegen den internationalen Terrorismus füllt man gerne mit Geldern auf. Wie paßt das zusammen?

Das Zusammenspiel von BND, Wirtschaft und rechter Politik darf keine Tabuzone sein. Der Bundestag muß hier handeln, über das Wie werden sich die Fraktionen verständigen müssen.

(-/11.11.1985/va/ks)

+ + +

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemfächer-Druck
mit verbindlicher Rückgabe
Recycling-Papier



Raumfahrt, tut sie not?

Die Erkundung des Alls kann kein Selbstzweck sein

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Raumfahrt ist faszinierend; zumal, wenn wir live am Farbfernseher an ihr teilnehmen dürfen und stolz auf „unsere Astronauten“ sein können. Der Gedanke, sich von der Begrenztheit der Erde lösen zu können und das Weltall erobern zu können, ist nicht ohne Grund ein alter Menschheitstraum, der immer wieder die Phantasie und den Forscherdrang anregte. Die D 1-Mission des Spacelab ist geglückt. Deutsches Projektmanagement und deutsche Wissenschaftsastronauten haben sich bewährt.

Bei aller Freude bleibt die Frage, ob wir es uns, wie zur Zeit geschehen, leisten können, in Weltraumaktivitäten hineinzustolpern ohne langfristiges Konzept, ohne Einordnung der Weltraumaktivitäten in unsere Forschungs- und Technologiepolitik, ohne Beantwortung der Frage nach dem industriepolitischen Nutzen der Weltraumfahrt. Dabei gewesen zu sein - das ist nicht alles. Bei einem „480-Millionen“ Ding, wie ihn der D 1-Flug darstellt, reicht es einfach nicht aus, ihn als Imagekampagne rechtfertigen zu wollen. Und heilhörig macht die Aussage des Wissenschaftsastronauten Reinhard Furrer: „Man darf sich nicht vom Geld beeindrucken lassen, wenn man den Anspruch hat, vorne mitmachen zu wollen.“

Notwendig ist, nicht nur jedem Angebot, an der Weltraumfahrt mitzumachen, einzuwilligen. Wir brauchen eine nationale Weltraumstrategie:

- Ein mittelfristiges Konzept der Nutzung der vorhandenen Weltrauminfrastruktur, des Spacelab, über zehn bis fünfzehn Jahre zu sinnvollen Zwecken bei vertretbaren Kosten.
- Klärung der Frage, ob es überhaupt ein sinnvolles Ziel ist, eine nationale „Produktionsstätte“ oder „Werkstatt“ im All anzustreben. Ein solches Ziel ist heute derartig vage, daß ein industriepolitischer Nutzen heute nicht seriös behauptet werden kann. Es sei denn, wir schaffen hier auf Dauer ein riesiges neues Subventionsgrab öffentlicher Mittel, kaum daß die öffentliche Förderung des Schnellen Brütters ausläuft. Bei einem Forschungshaushalt von fast sieben Milliarden DM ist die Raumfahrt nun mal kein Pappentier.
- Klärung der Frage, ob weitere staatliche Vorleistungen zur Markteinführung deutscher Satelliten erforderlich ist. Im Bereich der Satellitenentwicklung ist die Grenze zur Wirtschaftlichkeit der Weltraumnutzung - und nur hier - bereits erreicht.
- Klärung der bundesdeutschen Beteiligung an der weiteren Entwicklung eines europäischen Trägersystems (Ariane, Hermes). Auf die Dauer bleiben europäische oder deutsche Raumfahrtanstrengungen ohne effektive europäische Transportsysteme ins All sinnlos.
- Entscheidung über den Finanzrahmen für eine bundesdeutsche Weltraumstrategie, die bis heute fast hundertprozentig aus Bundesmitteln finanziert wird. Das Vorgehen Riesenhubers, sich nach der Methode - „halb zog man ihn, halb sank er hin“ - jedem Angebot zur Weltraumforschung anzuschließen, ob Columbus oder SDI, programmiert schon heute eine neue Kostenexplosion im Forschungsetat. Hier muß eine finanzielle Obergrenze gesetzt werden. Nur so können wir auch vermeiden, daß eine Raumfahrtindustrie ins Kraut schießt, die auf Dauer öffentlich subventioniert werden muß.

Wir brauchen moderne Technologien zur Lösung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen Probleme auf dem Erdball. Kann uns Weltraumforschung, Weltraumfahrt dabei helfen, sollten wir sie im vertretbaren Rahmen fördern. Wir dürfen es aber nicht zulassen, daß nun in der Euphorie des Erfolgs mit vollen Händen aus den Töpfen des Bundeshaushalts Geld in eine Technologieentwicklung gesteckt wird, deren wissenschaftlicher Ertrag außer Zweifel steht, deren technologischer und ökonomischer Ertrag heute aber noch vage ist.

Die Erfüllung alter Menschheitsträume ist durch nationale Anstrengungen nicht möglich. Die Erkundung des Weltraums, anderer Planeten, ist, wenn überhaupt, nur durch eine weltweite gemeinsame Anstrengung, zu der auch die Ostblockstaaten eingeladen werden müssen, zu erreichen. (-/11.11.1985/va/ks)

+ + +



Einschränkungen auf beiden Seiten

Reiseerschwerisse für Besuche im Osten abbauen

Von Karl Haehser MdB

Die Bundesregierung hat im August 1985 die Anfrage der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP beantwortet, die sich mit den Kontaktverboten in der DDR beschäftigte. In ihrer Antwort schreibt die Bundesregierung, daß eine kaum schätzbare Anzahl von Bürgern in der DDR Kontaktbeschränkungen oder Kontaktverboten mit Bewohnern im Westen unterlägen. Das Verbot aller „Westkontakte“ sei inzwischen der Regelfall. Es entziehe sich aber einer umfassenden gesetzlichen Regelung und sei auf eine Reihe zum Teil unveröffentlichter Rechtsvorschriften sowie Einzelanweisungen zurückzuführen. Betroffen seien alle Großgruppen wie Militär, Polizei, Angehörige von Staats- und Industrieverwaltungen, viele Lehrer, Angehörige aus Wissenschaft und Technik, aber auch Personen mit untergeordnetem Status.

Die Bundesregierung wird die Einschränkungen für die Bürger der DDR sicher zutreffend beschrieben haben. Diese Einschränkungen sind zu verurteilen, denn sie entsprechen nicht der gewünschten Freizügigkeit zwischen Ost und West, von der man wenigstens auf unserer, der bundesrepublikanischen Seite, annehmen sollte, sei sei gewährleistet.

Nicht zum Vergleich, aber doch zum Nachdenken soll darauf hingewiesen werden, daß es auch für die Bewohner der Bundesrepublik Deutschland Reisebeschränkungen für Bundesbedienstete gibt für den „kommunistischen Machtbereich“. Zu diesem Machtbereich zählen neben der DDR und Berlin (Ost) unter anderem die Länder Albanien, Bulgarien, China, CSSR, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Ungarn und die Sowjetunion. Betroffen von diesen Beschränkungen ist eine unbekannte Zahl von Bearbeitern oder Verwaltern von Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades „streng geheim“ oder der entsprechenden ausländischen oder zwischenstaatlichen Geheimhaltungsgrade. Für diesen Personenkreis sind Reisen in den „kommunistischen Machtbereich“ grundsätzlich verboten. Ausnahmen sind zwar im Einzelfall möglich, doch wird davon ausgegangen werden können, daß die betroffenen Bundesbürger Anträge auf solche Ausnahmegenehmigungen kaum stellen. Auch für Bearbeiter oder Verwalter von Verschlusssachen



chen des Geheimhaltungsgrades „geheim“ oder des Geheimhaltungsgrades „VS-vertraulich“ gibt es erhebliche Beschränkungen. Im einen Fall sind Reisen genehmigungsbedürftig, im anderen Fall sind sie anzeigepflichtig und können untersagt werden.

Zwar sind Reisen auf den Transitwegen zwischen Berlin (West) und dem Bundesgebiet nicht genehmigungsbedürftig und nur für Bearbeiter oder Verwalter von Verschlusssachen anzeigepflichtig, zwar sind Reisen nach und durch Jugoslawien nicht genehmigungsbedürftig und nur für Bearbeiter oder Verwalter von Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades „streng geheim“ anzeigepflichtig, doch müssen auch diese Ausnahmen für den Verkehr zwischen Berlin-West und dem Bundesgebiet und für Reisen nach und durch Jugoslawien als Behinderungen der Freizügigkeit betrachtet werden.

Wenn man bedenkt, daß die geschilderten Einschränkungen nicht nur für Bundesbedienstete gelten, sondern auch für fast alle Bedienstete von Bundesländern in ähnlichen Situationen und ebenfalls für viele Mitarbeiter in den Gemeinden, dann dürfte die Zahl derjenigen, die nicht reisen dürfen, wie sie es gerne möchten, in die vielen Tausende gehen. Gewiß, die Einschränkungen, denen sich Bürger der DDR durch die dortigen Behörden gegenüber sehen, sind von einem ganz anderen Gewicht. Denn dort wird internationales Recht verletzt oder mißachtet, zum Beispiel auch die Tatsache, daß die DDR die Schlußakte (KSZE) unterzeichnet hat, aber die Freizügigkeit ihren Einwohnern quasi willkürlich entzieht, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland sind Änderungen der derzeitigen Reiseeinschränkungen dringend geboten. Mit der UdSSR, mit Polen und mit der DDR hat die Bundesrepublik Deutschland inzwischen Verträge abgeschlossen. Angesichts dieser Verträge nehmen sich die Reiseeinschränkungen wie ein Anachronismus aus. Hinzu kommt noch, daß wohl mancher gar nicht wüßte, was er verraten sollte, wenn er nach Geheimnissen gefragt würde. Angesichts dieser Sachverhalte sollte die Reiseanordnung der Bundesregierung einer Prüfung und Veränderung in Richtung auf Freizügigkeit für alle Bundesbürger überprüft werden.

(-/11.11.1985/va/ks)

+ + +



DOKUMENTATION**Trotz der Gegensätze die Beziehungen weiterentwickeln**

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat am vergangenen Freitag in Prag in seiner Tischrede die Vorstellungen der Sozialdemokraten über eine Weiterentwicklung der Ost-West-Beziehungen zusammengefaßt. Brandts Rede leicht gekürzt:

Begegnung und Meinungsaustausch zwischen politischen Repräsentanten aus zwei Staaten, die Nachbarn sind, deren Völker auf vielfältige Weise über die Jahrhunderte hinweg miteinander verknüpft sind, sind wichtig und notwendig. Dies umso mehr nach dem, was der Zweite Weltkrieg, sein Verlauf und seine Auswirkungen über uns, zumal über Sie, gebracht haben. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an meinen Besuch vom Dezember 1973 - es war nicht der erste in Ihrem Land -, als die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik übereinkamen, nicht nur miteinander volle diplomatische Beziehungen aufzunehmen, sondern über das Bilaterale hinaus die Politik von Entspannung und Zusammenarbeit in Europa fördern zu helfen.

Wenn ich heute auf diesen Abschnitt im Verhältnis zwischen uns zurückblicke, der nun selbst fast wieder Historie ist, so glaube ich, feststellen zu können: erstens, wir haben es uns damals reichlich schwer gemacht; zweitens, es sind gleichwohl positive Ergebnisse erzielt worden. Manches hätte sicher für beide Seiten nützlicher sein können, wenn nicht Entwicklungen im großen internationalen Raum bedauerlicherweise für schwere Belastungen im Prozeß der Friedenssicherung gesorgt hätten.

Gerade aus diesem Grunde schauen meine Freunde und ich mit Sorge und Erwartung auf die bevorstehende Begegnung zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Generalsekretär. Ich weiß, daß die Menschen in ganz Europa, gleichgültig, unter welcher gesellschaftlichen Ordnung sie leben oder in welche Bündnissysteme ihre Länder eingebunden sind, das Genfer Ereignis als bedeutungsvoll und für das eigene Leben folgenreich ansehen. Für uns Europäer steht angesichts des Wettrüstens viel auf dem Spiel, und an unserer Interessenlage sollte es nirgends einen Zweifel geben.

Mein Gespräch mit dem Präsidenten Ihres Landes heute morgen hat mich in der Auffassung bestärkt, daß es keine vernünftige Alternative gibt zu geduldigen, auch zeitweilige Rückschläge durchstehenden Bemühungen um Friedenssicherung und sachliche Zusammenarbeit.

Ich weiß, daß Parteikontakte zwischen Ost und West nicht ersetzen können, was allein den Regierungen obliegt. Wir sollten uns auch darüber im klaren sein, was uns einerseits verbindet und andererseits unterscheidet. Es wäre töricht, dies verwischen zu wollen. Aber unverantwortlich wäre es, wenn wir nicht miteinander versuchten, solche Vorhaben zu fördern, die den Menschen in unseren Staaten dienlich sind und einer neuen Phase von Entspannung und Kooperation zwischen den Teilen Europas zugutekommen können. Unkenntnis und Vorurteile stehen den Bemühungen um Zusammenarbeit ebenso im Wege wie Einseitigkeit und Rechthaberei. Mithelfen, daß die Menschen einander begegnen und dazu beitragen können, Mißtrauen abzubauen, ist auch eine Aufgabe, die sich Parteien bei aller Unterschiedlichkeit zutrauen müssen. Daher begrüße ich unsere Gespräche, die wir mit Ihnen, Herr Sekretär, Anfang des Jahres in Bonn führen konnten und die wir dieser Tage hier mit der Führung Ihres Landes führen können.

Wofür die deutschen Sozialdemokraten sich einsetzen, das ist eine zweite Phase der Entspannungspolitik zwischen West und Ost. In der ersten Phase Anfang der 70er Jahre mußten schreckliche Hypotheken des Hitler-Krieges abgetragen werden, mußten überhaupt erst wieder Grundlagen geschaffen werden für eine gedeihliche Zusammenarbeit nach Jahrzehnten der Entfremdung und des Kalten Kriegs. Die Verträge, die wir damals geschlossen haben, gelten, und niemand darf an ihnen rütteln. Sie sind die Basis für alles weitere.

Jetzt, in den 80er Jahren geht es uns um dreierlei: Es gilt, einen Prozeß der Abrüstung in Gang zu bringen, und wir sollten versuchen, Europa wirklich zu einer Zone des Friedens zu machen. Europas Beitrag zur Stabilisierung der Weltpolitik und zu einer künftigen Weltfriedensordnung sollte es sein, eine Friedenszone zu bilden, von der für keine andere Macht Spannungen ausgehen.

Wir sollten zweitens die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Ländern - auch wenn in ihnen sehr unterschiedliche Wirtschaftssysteme verwirklicht sind und diese Länder verschiedenen Wirtschaftsorganisationen und Paktsystemen angehören - systematisch verbessern. Wenn gemeinsame wirtschaftliche Interessen verbinden, das hat ein zusätzliches Motiv zur Zusammenarbeit. Und wenn es heute schon in manchen Ländern gemeinsame wirtschaftliche Unternehmungen zwischen Ost und West gibt, dann sind das Modelle, deren Weiterentwicklung guten Sinn machen würde.

Und ich sage drittens: Das alte Europa ist die Wiege nicht nur der westlichen, sondern auch der modernen Kultur und Zivilisation. Nicht nur aufgrund seiner Geschichte und seiner Kunstschatze, sondern auch aufgrund der breiten Bildungs- und Kulturtraditionen verkörpert dieser alte Kontinent noch immer nicht nur einen großen Kulturbestand der Völker, sondern auch einen Kulturanspruch. Wir sollten die kulturellen Beziehungen zwischen unseren Ländern stärken, die kreativen Kräfte Europas bündeln und sie direkt zur kulturellen Identität des Kontinents beitragen lassen. Deshalb plädiere ich für erweiterte und freiheitliche kulturelle Kontakte, gerade auch zwischen Ihrem und meinem Land.

Die deutschen Sozialdemokraten stellen sich ihrer aus der eigenen internationalen Tradition erwachsenen Verpflichtung, mit allen, die dazu bereit sind, den Weg des Austauschs von Vorstellungen zu gehen, wie der Frieden sicherer gemacht und die Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen vorangebracht werden kann.

Sie, Herr Sekretär, kennen einige unserer Bemühungen in diesen Bereichen. Ich hoffe, daß unsere neuerlichen Gespräche uns ein Stück weiterbringen. Die großen Herausforderungen in der Welt von heute - hier beziehe ich mich nicht nur auf die Rüstungsgefahren, sondern auch auf die unermesslichen Leiden von Abermillionen hungernder Menschen in der Dritten Welt - erzwingen förmlich, daß unterschiedliche Auffassungen über die Organisation der Gesellschaft nicht das gemeinsame Nachdenken darüber verhindern dürfen, wie die Menschheit überleben kann. Der Nord-Süd-Dialog, die konstruktive Zusammenarbeit der industriellen mit der Dritten Welt sind eine Aufforderung an Ost und West. (-/11.11.1985/va/ks)

+ + +

